

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Adressbuch der Stadt Karlsruhe

Karlsruhe, 71.1945/46 - 73.1949; mehr nicht digital.

Kultur und Wirtschaft in der Gemeinde

urn:nbn:de:bsz:31-19851

Bürgermeister
Dr. Franz Gurk
M. d. L.

KULTUR UND WIRTSCHAFT *in der Gemeinde*



Im Turmronell des Karlsruher Schlosses

Es mag ungewöhnlich erscheinen, in Verbindung mit einer Veröffentlichung über die Wirtschaft in der Stadt Karlsruhe auch kulturelle Fragen zur Erörterung zu stellen. Auf den ersten Blick scheint es, als ob zwischen diesen beiden Wirkungsbereichen, zwischen Kultur und Wirtschaft, eine deutliche Trennwand bestehe, so etwa wie zwischen der vorwiegend geistig-sittlich ausgerichteten Kultur und der mehr auf die Schaffung von Nutzwerten zielenden Zivilisation. Von der Kultur sagt man, daß die Kultur der Seele die Seele der Kultur sei. Sie handelt also von den inneren Werten. Zivilisation ist die äußere und technische Seite der Daseinsbedingungen der Menschen. Dennoch ist die Zivilisation nur ein Teil des Kulturwerks als Ganzes und mit ihm untrennbar verbunden. Auch die alten Funde aus der Menschheitsgeschichte zeugen von einem Suchen nach den höheren Werten. Ebenso aber kann sich Kultur nicht entfalten ohne die stützende Hilfe zivilisatorischer Errungenschaften, ohne die äußeren, mehr technischen Nutzwerte des Daseins. Bescheidene wirtschaftliche Verhältnisse schließen ein reiches Seelenleben nicht aus, aber die Wahrung einer unteren Grenze äußerer Daseinsbedingungen ist erforderlich, um Kultur möglich zu machen.

Wir dürfen einen in der Volkswirtschaftslehre und in der Gesellschaftswissenschaft gebräuchlichen Ausdruck auch hier zu einem Versuch der Erklärung verwenden: Die Interdependenz, die wechselseitige Bedingtheit: das Eine und das Andere.

Nach dieser Regel laufen auch die vielfachen Bemühungen der Stadtverwaltung Karlsruhe, die Stadt im Wirbel der Zeitverhältnisse auf allen Gebieten zu behaupten. Es ist unmöglich, sich in der Gemeindepolitik auf einen Ausschnitt des Lebens zu beschränken. Die Gesamtheit aller Lebensfragen muß beobachtet und gefördert werden, solche sowohl, die mehr Kultur im eigentlichen Sinne sind, wie auch solche, die mehr den zivilisatorischen Zielen entsprechen. Kultur und Schulen, Straßen und Kanäle, öffentliche Sicherheit, eigene Wirtschaft der Gemeinden, etwa in den Versorgungswerken und Rheinhäfen, in den Schlachthöfen, Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsförderung, und nicht zuletzt die Stadtplanung mit ihren vielfältigen, vorausplanenden Gestaltungen an Wohnflächen, Gewerbe- und Industrieflächen, Erholungsflächen, Verkehrslinien und Straßen und allem anderen, was eine wachsende Stadt nötig hat, bedürfen aller Aufmerksamkeit.

In der wohlgeordnet erscheinenden Welt des Jahres 1913 war die Stadt im Grunde die Residenz des Hofes. Adel, Offiziere und Beamte bestimmten den Grundcharakter der Stadt sowohl kulturell als auch wirtschaftlich. Das wirtschaftende Bürgertum war im Kommen, mit ihm die vorwiegend in der Umgebung wohnende Industriearbeiterschaft. Das Jahr 1918 setzte der dominierenden Bedeutung von Hof, Adel und Offizieren ein Ende. Es blieben Beamte, das wirtschaftende Bürgertum und die Arbeiterschaft. Es blieb der Sitz einer Landesregierung auf neuen, demokratischen Grundlagen. Die Ereignisse des Jahres 1945 erschütterten diesen Sitz, nachdem die Regierung schon vorher in der nationalsozialistischen Zeit formell nach Straßburg verlegt worden war. Was außerdem dazwischen an Erschütterungen der wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt lag, sei nur kurz erwähnt: Die Anordnung der neutralen Zone nach 1918, der Bau des Westwalls und die Verlagerung der industriellen Entwicklung von der kriegsgefährdet erscheinenden Westgrenze hinweg nach Württemberg.

Karlsruhe ist heute im Kranz der Städte ohne Vorrechte und Privilegien. Im Lande Baden-Württemberg

ist die Stadt in eine Entwicklung hineingestellt, die nur kämpferisch gemeistert werden kann. In doppelter Weise kämpferisch: in dem, was die Stadt mit ihren Bewohnern selbst leisten kann und muß an kulturellen und zivilisatorischen (wirtschaftlichen) Werten, aber auch kämpferisch nach außen im Sinne der Einflußnahme auf die Entscheidungen der öffentlichen Gewalt und der Träger wirtschaftlicher Macht.

Wir nennen uns die Stadt der vielen Möglichkeiten und verpflichten uns dadurch zu nimmermüder Kraftentfaltung auf vielerlei gemeindlichen Aufgabengebieten. Der vorliegende Band schildert Karlsruhe in seiner Wirtschaft: Neue und in der Tradition großgewordene Wirtschaft. Tradition an sich ist noch keine Sicherheit, und große Leistungen der Vergangenheit verbürgen noch keineswegs den Erfolg in der Gegenwart. Tradition ist Verpflichtung. Für Kultur und Wirtschaft zugleich gilt das Erfordernis einer heilsamen Unruhe und Wachsamkeit, die Traditionswerte der Vergangenheit ummünzt in zeitgerechte neue Leistungen der Gegenwart.

Im Ehrenhof der Technischen Hochschule (Fridericiana)



Unsere Technische Hochschule macht sehr beachtenswerte Anstrengungen, um vom Baulichen, wie auch von der wissenschaftlichen Leistung her die Grundlagen für eine gesteigerte naturwissenschaftlich-technische Forschungs- und Lehrtätigkeit zu schaffen, die Entwicklungsvorsprünge des Auslandes einzuholen.

Unsere Akademie der Bildenden Künste wird in gesteigertem Maße, nicht zuletzt aus wettbewerblichen Gründen, ringen müssen, um die Kunst zu neuen Ufern zu führen, daß sie Künstler heranbilde, die Könner sind, sowohl in der Technik der Darstellung, als auch in der Beseelung und Sinngebung des Werkes, nicht zuletzt als Ausdruck des Sinngelhalts des Lebens.

Ebenso bemüht sich unsere Badische Hochschule für Musik, traditionsreiche Pflegestätte edler Kunst, mit der heutigen Zeit Schritt zu halten. Ohne die klassische Musik zu vernachlässigen, haben ihre Studenten in zunehmendem Maße Gelegenheit, dank eines ausgezeichneten Lehrkörpers, sich mit der modernen Musik näher vertraut zu machen, die heute mehr denn je eine Auseinandersetzung und Stellungnahme verlangt. Trägerin dieser Hochschule ist nur die Stadt allein.

Das Staatstechnikum sieht sich im Heraufkommen der Automation vor die Aufgabe gestellt, eine wachsende Zahl von Technikern und Ingenieuren heranzubilden. Es soll, wie in der Vergangenheit, gleichrangig neben allen höheren Bauschulen des Landes stehen und wird sich von ihnen nicht übertreffen lassen, auch dann nicht, wenn anderwärts in der Forderung nach einer Bauakademie Überhöhungsversuche sichtbar zu werden scheinen.

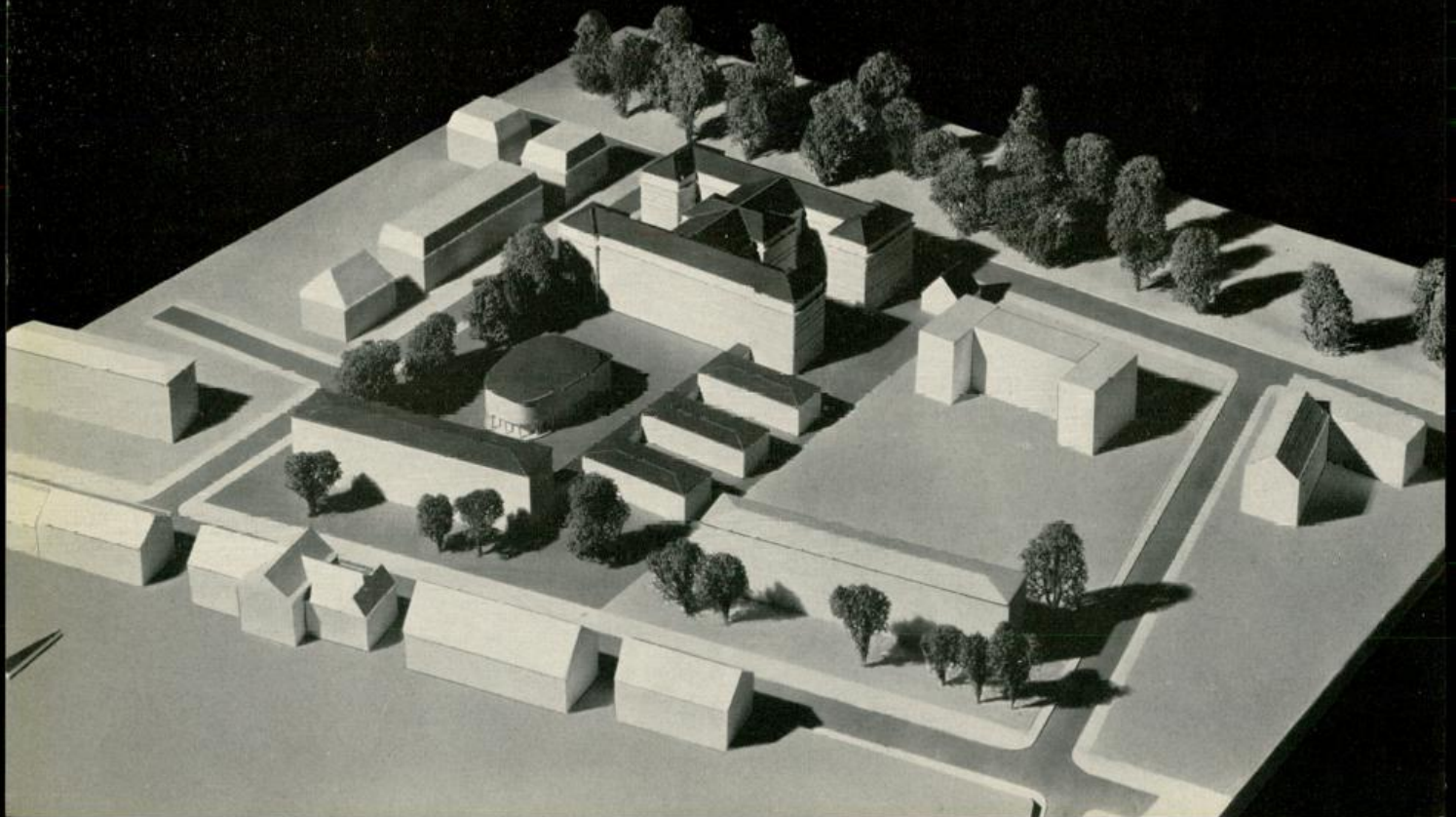
Die Pädagogische Akademie soll, wie wir nun wissen, eine kommende Pädagogische Hochschule werden. Auch hier leben sehr alte, gute Traditionen.

Unsere Gymnasien, die Wirtschaftsoberschule, die Berufsschulen und die Volksschulen stehen im allgemeinen Fluß der Entwicklung im ganzen Lande. Die Stadt hat sich bemüht, ihnen die äußeren Grundlagen ihrer Entfaltung glücklich zu schaffen. Eine Reihe von Berufsfachschulen im Anschluß an die Gewerbeschule sind dessen sichtbarer Ausdruck, so z. B. die Klempner-Bundesfachschule.

Die Heranbildung des Nachwuchses auf allen Ebenen ist eine Kulturaufgabe hohen Grades, die zu den unverzichtbaren Pflichten jeder Generation gehört. Immer muß ein Teil, z. Z. sicher ein wachsender Teil des Volkseinkommens, für diese Aufgabe verwendet werden. Hier, in der Aufbringung der Mittel für die Schulen jeder Ebene, wird deutlich, daß die Wirtschaft Trägerin der Grundvoraussetzungen der Kultur ist. Die Schule dankt dies der Wirtschaft, indem sie ihr den Fortbestand sichert. Lokalwirtschaftlich gesehen ist die Schule, wie jede öffentliche Einrichtung, auch unmittelbare Spenderin wirtschaftlicher Werte. Schließlich sind die Dozenten und 6000 Studierende, wie auch die Lehrer aller Schulgattungen, als Teil der Wohnbevölkerung einer Stadt nicht ohne wirtschaftliche Bedeutung.

Der Wunsch der Stadtverwaltung zur Behauptung der Stadt kam und kommt auch in Bemühungen um Einflußnahme auf die Entscheidung übergeordneter Körperschaften zum Ausdruck. Es sei an die Bestimmung von Karlsruhe als Sitz des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofes erinnert. Die Verhandlungen wurden von der Stadt Karlsruhe, aber auch von konkurrierenden Städten mit großer Vitalität geführt. Das ehemalige Erbgroßherzogliche Palais und das Palais Prinz Max wurden als Gerichtssitze bestimmt. Die Frage, ob nicht das ehemalige Großherzogliche Residenzschloß gewählt werden

Modell der Erweiterungsbauten des Staatstechnikums





Hauptfront der Karlsruher Kunstakademie

sollte, stand zur Erörterung, konnte aber nicht positiv entschieden werden.

Die alte Tradition des Badischen Verwaltungsgerichtshofes wird in Karlsruhe leider nur noch durch ein Verwaltungsgericht 1. Instanz vertreten sein. Immerhin wurde der Neigung zur Zentralisierung aller öffentlichen und auch wirtschaftlichen Funktionen im Großraum Stuttgart widerstanden und als Sitz des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim bestimmt.

Die Stadt Karlsruhe hat ihre Wahl zur Residenz der höchsten Gerichtshöfe des Bundes als Auszeichnung empfunden und sich bemüht, diesen Gerichtshöfen eine

würdige Aufnahme zu bereiten — nicht minder auch den Angehörigen der Gerichte —. Daß es möglich war, das Oberlandesgericht — neben dem Landgericht — zu erhalten, rundet das Erscheinungsbild der Residenz des Rechtes ab, zu der unsere Stadt geworden ist. Das Recht und die Rechtsschöpfung sind neben den Schulen aller Ebenen ein gestaltender Kulturfaktor, der das Gesicht unserer Stadt prägt und dem wir verpflichtet sind.

In der Sicht der kulturellen Einrichtungen, die zeitweilig in Frage gestellt waren, erinnern wir an das Badische Staatstheater in Karlsruhe, dem die Stadt 50 % des Aufwandes leistet. Der Fortbestand dieser

Kultureinrichtung ist im Zeichen der Interdependenz der kulturellen und wirtschaftlichen Werte eine Notwendigkeit. Von dem Finanzaufwand gesehen sind unserem Theater Grenzen gesetzt, die sich aber nicht notwendig in einem Verzicht auf kulturelle und künstlerische Bestleistungen auswirken müssen. Als um die Kunst ringendes Theater soll es wie vordem Anziehungspunkt für sich entwickelnde junge Kräfte sein.

Die Bedeutung unserer Kunsthalle wird dem, der in der neuen Landeshauptstadt Stuttgart die Kulturpolitik verfolgt, besonders klar. Er erhält dort bestätigt, daß das vormalige Großherzogliche Haus und das Land Baden die badische Kunsthalle in Karlsruhe mit besonderem Verständnis gefördert haben. Das Generallandesarchiv, die Landesbibliothek, das Landesmuseum, das Museum für Naturkunde, sollen auch jetzt, nachdem sie zu Einrichtungen außerhalb der unmittelbaren Sicht der Landesregierung geworden sind, nicht vergessen sein. Kultur darf nicht nur in der neuen Landeshauptstadt daheim sein.

Die Verteilung der Macht, aber auch die Verteilung der wirtschaftlichen und kulturellen Schwerpunkte ist eine Grundvoraussetzung der Freiheit. Es wäre schlecht um das Land bestellt, wenn es dem Sog nach nur einem Zentralpunkt nachgeben würde.

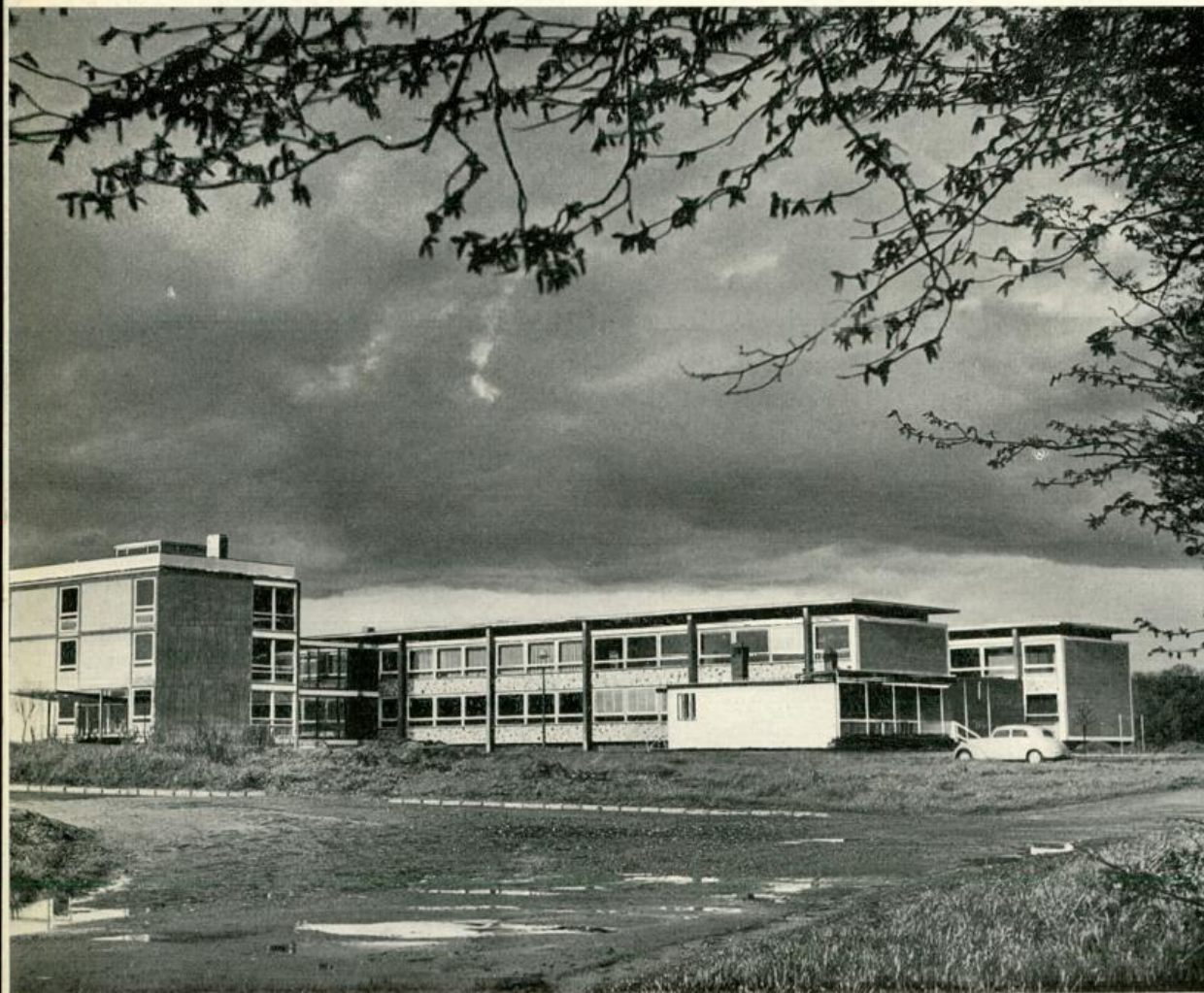
Alle Kultur bedarf des wirtschaftlichen Unterbaues. Karlsruhe hat diesen von vornherein nicht sehr ent-

wickeln können. Schon die Tatsache, daß die Gemarkung der Stadt bei der Gründung nur 158 ha betrug, um die Jahrhundertwende erst 1286 ha, 1914 4500 ha, jetzt deren 12312 ha, weist auf Schwierigkeiten für die gewerblich-industrielle Entwicklung hin. Seit der Jahrhundertwende und besonders seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist viel für die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt geschehen. Zu den alteingesessenen, weitbekannten Unternehmen, die in Karlsruhe ihren Sitz hatten, konnten durch die wirtschaftsfördernden Maßnahmen der Stadt Karlsruhe neue Betriebe angesiedelt und damit eine Stärkung der Wirtschaftskraft erzielt werden.

Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß innerhalb von 3 Jahren über 1 Mio Quadratmeter Gewerberaum vermittelt und Industriegelände für alteingesessene und neuangesiedelte Betriebe bereitgestellt wurde und sich im gleichen Zeitraum 248 Betriebe in Karlsruhe ansiedelten.

Alles aber, was geschehen ist, darf nicht darüber täuschen, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen, damit auch die Grundlagen kultureller Entfaltung, soweit sie finanziell von der Stadt getragen werden, beengt sind. Karlsruhe ist in Nordbaden nach Heidelberg die steuerärmste Stadt. Sie steht hinter Stuttgart, Mannheim, Pforzheim, Ulm, Heilbronn und Baden-Baden etwa bei Freiburg. Dies verpflichtet uns, der gewerblich-industriellen Entwicklung unausgesetzt Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Max-Planck-Gymnasium im Stadtteil Rüppurr





*Der Oberste Bundesgerichtshof im repräsentativen Prunkbau des Erbgroßherzoglichen Palais
der alten Residenzstadt*

Unser Rheinhafen steht im harten Konkurrenzkampf mit den gebührenbegünstigten Häfen am Neckarkanal, und dies wird durch den doppelschleusigen Ausbau des Kanals und die Eröffnung des Hafens Stuttgart nicht vereinfacht werden. Der Karlsruher Rheinhafen hat im Jahre 1956 wieder den Tonnageumschlag des Jahres 1938 mit 2,8 Mio Tonnen erreichen können.

Einen Maßstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung mögen auch die Umsätze der stadt eigenen Versorgungswerke bieten. Die Stadt Karlsruhe hat keine Kosten gescheut, um ihre Werke nach vielen Vernachlässigungen und Kriegszerstörungen in der Zeit vor 1945 wieder auf besten Leistungsstand zu bringen. Es liegen folgende Ergebnis zahlen vor:

	1939	1950	1957
Strom in 1000 kWh	67 353	102 014	204 070
Gas in 1000 cbm	24 599	32 955	57 525
Wasser in 1000 cbm	12 073	17 458	18 281

Der Gesamtumsatz aller Wirtschaftsbranchen, also Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Handwerk, Großhandel, Einzelhandel und die übrigen Branchen wurde im Jahre 1956 auf 2 659 505 000 DM, der Ertrag an Umsatzsteuer auf 59 768 000 DM beziffert.

Die Gesamtzahl aller Beschäftigten war

1955	126 917,
1956	134 974,
1957	138 540.

Die Kulturausgaben machen einen beachtlichen Teil des Haushaltsvolumens der Stadt aus, nehmen also auch einen entsprechenden Teil der Steuereinnahmen in Anspruch. Dazu ist erläuternd und insbesondere deshalb, weil ein Teil der kulturellen Einrichtungen Landesaufgabe sind,

darauf hinzuweisen, daß die Gesamtsteuereinnahmen der Finanzämter Karlsruhe-Stadt und Karlsruhe-Durlach 1956 246 Mio DM betragen.

Die Bevölkerung unserer Stadt liefert also nicht nur über die städtischen Steuern und Abgaben Finanzgrundlagen für den städtischen Anteil an der Kulturförderung, sie leistet auch ihren recht angemessenen Beitrag zu den Finanzgrundlagen des Bundes und des Landes.

Im Rahmen der Wechselwirkung von Kultur und Wirtschaft ist noch auf eine besonders interessante Entwicklung der Zusammenarbeit hinzuweisen, nämlich auf die Beeinflussung der handwerklich-industriellen Produktion. Nicht nur die in Ulm neuerrichtete Hochschule für Gestaltung, sondern auch die Technischen Hochschulen des Landes, die Kunstakademien und die höheren technischen Lehranstalten und das Landesgewerbeamt widmen sich dem Ziel, die gewerblich-industriellen Erzeugnisse nicht kunstgewerblicher Art der Form und Gestaltung nach geschmacklich zu beeinflussen, zu verfeinern. Neben die technische Zweckmäßigkeit tritt die schönheitliche Gestaltung des Produktionsergebnisses hinzu. Ähnlich wie die Bestrebungen auf Verbesserung der Ausgestaltung der Arbeitsplätze, z. B. durch Wahl anregender Farb-tönungen in den Fabriksälen, durch Blumenschmuck in den Arbeitsräumen, wird auch das Eindringen von solchen Regeln in die gewerblich-industrielle Fertigung die Wechselwirkung von Kultur und Wirtschaft steigern. Die Kultur und die Wirtschaft, die letztere als gewerblich-industrielle Produktion gesehen, kommen aufeinander zu. Alle Kultur und Zivilisation ist letztlich auf den Menschen und seine höheren Zielsetzungen zugeordnet. Auch die Wirtschaft als Einkommenserwerb, als Erzeugung wirtschaftlicher Güter, bewegt sich darauf zu. Auch die Gemeindegarbeit soll sich sinnvoll einfügen.

Der neue große Physikhörsaal der Technischen Hochschule

